

AKTUELL

STUDIENBEIHILFEN

Shitstorm

David Angel

Vor kurzem brachte Claude Meisch sein Gesetzesprojekt zur Studienbeihilfe in der Chamber ein - und löste damit einen virtuellen Sturm der Entrüstung über ihn und seine Regierungskollegen aus. Aber auch innerhalb der Regierungsparteien scheint der Text auf Kritik zu stoßen.

Er bleibt dabei: 2.000 Euro Basisbeihilfe, 2.000 Euro Mobilitätsbeihilfe, eine soziale Beihilfe von bis zu 2.500 Euro und eine Beteiligung an den Einschreibegebühren von maximal 3.700 Euro. Hochschulminister Claude Meisch hat am 20. März sein Gesetzesprojekt „6670“ zur Neuregulierung der Vergabe von Studienbörsen eingebracht. Laut dem „Exposé des motifs“ soll das Gesetz gerecht sein, die Unabhängigkeit des Studenten garantieren und seine sozio-ökonomische Situation berücksichtigen.

Das sehen die Betreiber der Facebook-Seite „Cedies amplaz Täschegeld“ anders. Für den 18. März hatten sie zu einer Online-Aktion gegen das Gesetzesprojekt 6670 aufgerufen. Einige hundert Studierende und andere GegnerInnen des Gesetzes verbrachten den Abend bzw. die Nacht und den darauffolgenden Tag damit, die Facebook-Seiten der Regierungsparteien, deren Parteijugendorganisationen und verschiedener ihrer Mitglieder „vollzuspannen“, wie die Jungliberalen der JDL es im Nachhinein ausdrückten. Dabei wurden Bilder und Texte, die sich gegen das geplante Gesetz richten, auf den jeweiligen Facebook-Seiten veröffentlicht. Die JDL versuchte umgehend, diese Kommentare und Bilder zu löschen. In einer Reaktion ließ sie verlauten, dass es sie gefreut hätte, wenn sie auf offizielle Art und Weise kontaktiert worden wäre, und unterstrich, dass es viele Möglichkeiten gäbe, das „auf zivilisierte Art und Weise zu tun“. Der Generalsekretär der Parteijugend und Europawahl-Kandidat, Jeff Feller, vertrat in einer persönlichen Stellungnahme denselben Standpunkt. Er machte sich jedoch, anders als seine Organisation, die Mühe, auf die Kritikpunkte der GesetzesgegnerInnen im Einzelnen einzugehen.

Auch Cátia Gonçalves, Europawahl-Kandidatin der „Jeunes so-

cialistes“, reagierte auf die Online-Aktion. Sie zeigte Verständnis für die Forderungen der virtuell Demonstrierenden und befürwortete einige ihrer Anregungen. Die JSL lud eine Delegation der Facebook-Initiative dazu ein, ihrem Unmut auf dem eigenen Kongress Luft zu machen.

Alternative Modelle

In einer Pressemitteilung nach dem Kongress zeigte sich die JSL „schockiert“ über Teile des Gesetzestextes. Sie tritt für eine „allocation d'autonomie“ ein, deren Höhe sich an der persönlichen Situation des Studierenden orientiert.

Die „jonk Gréng“ sowie deren Mutterpartei „déi Gréng“ luden eine Delegation zu einem Gespräch ein. Die Initiative „Cedies amplaz Täschegeld“ unterstrich in einer Reaktion auf die Gesprächsvorschläge, dass es sich nicht um „den Protest einer kleinen Gruppe“ handele und sie versuchen werde, die Anregungen und

Ideen aller GesetzesgegnerInnen in die Gespräche einfließen zu lassen.

In der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der CSV-Abgeordneten Martine Hansen rechnete Claude Meisch vor, dass die vorgesehenen Studienbeihilfen mitsamt der teilweisen Rückerstattung von Einschreibegebühren den Staat 109,5 Millionen Euro kosten würden. Bei seinen Berechnungen ging Meisch von 16.000 einheimischen StudentInnen und 9.000 Kindern von GrenzgängerInnen aus, die Anrecht auf die Beihilfen haben. Dabei rechnet zumindest die Unel mit der Möglichkeit, dass es bis zu 40 Prozent mehr sein könnten. Anspruch auf die Mobilitätsbeihilfe haben Meisch zufolge 80 Prozent der in Luxemburg ansässigen und zehn Prozent der Kinder von Grenzgängern. Die Unel hat ihrerseits ein alternatives Modell für die Vergabe der Beihilfen ausgearbeitet. Dabei würde der Basisbetrag von 2.000 auf 4.000 Euro angehoben und die Mobilitätsbourse nicht an ein Studium in einem anderen Land als dem, in dem sich der Wohnsitz befindet, gebunden, sondern daran, dass der/die StudentIn „nicht zuhause“ wohnt.



SHORT NEWS

Screening: Gramegna macht ernst

(rg) - Wie wir erst nach Redaktionsschluss erfahren konnten, wird das Duo Bettel-Gramegna jetzt doch konkrete Vorschläge in Sachen Staatsfinanzen unterbreiten. „Um die Gemüter zu beruhigen“, wird noch im Vorfeld der Erklärung zur Lage der Nation, am kommenden Dienstag, eine öffentliche Versammlung stattfinden. Beide Minister wollen erläutern, wie sämtliche Dienststellen, mit mehr als zehn MitarbeiterInnen, während zunächst drei Monaten ein „consultant“ von McKinsey zur Seite gestellt werden soll und über deren Befugnisse beim sogenannten Finanz-Screening. Die Veranstaltung, für die alle abkömmlichen Staatsbediensteten freigestellt werden, wird ab 15 Uhr im Limpertsberger Tramsschapp abgehalten. Gratis Bus-Navetten fahren 20 Minuten zuvor von den üblichen Auffangparkings ab.

Luxemburg hält Informationen zurück

(dw) - Von einer einzigen Ausnahme abgesehen habe die Kommission ausreichende Informationen erhalten, hatte EU-Kommissar Joaquin Almunia erklärt, womit er die Erklärungen von fünf Ländern zu ihren steuerrechtlichen Praktiken meinte, die sie in Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der Kommission abgegeben hatten. Seit Montag ist klar, welches Land die besagte Ausnahme war (die woxx berichtete in ihrer Ausgabe der vergangenen Woche). Luxemburg wird nun von der Kommission offiziell angewiesen, die entsprechenden Informationen zu liefern. Man wolle prüfen, ob die Anwendung des Steuerrechts nicht bestimmten Unternehmen Vorteile einräumt und damit gegen europäische Staatsbeihilfen verstößt. Weigert sich Luxemburg weiterhin, erwägt Brüssel eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof. Der Luxemburger Finanzminister, der sich bislang gegenüber der Presse zu dem Thema nicht äußern wollte, reagierte noch am selben Tag per Communiqué: Man werde nun untersuchen, ob die Anordnung aus Brüssel die Zweifel beheben könne, die Luxemburg in Bezug auf die Rechtmäßigkeit der Anfrage der Kommission hegt. Luxemburg habe auch weiterhin vor, mit der Kommission im Rahmen der vorgesehenen EU-Gesetze zusammenzuarbeiten.

Dūment informés ?

(da) - Dans une question parlementaire, le député Déi Lénk Justin Turpel a interrogé la ministre de la Famille, Corinne Cahen, sur le sort des 15 personnes logeant au foyer pour travailleurs immigrés dans la rue de Mühlenbach à Luxembourg. Leur bail avait été dénoncé pour le premier janvier 2014, mais finalement un sursis de six mois leur avait été accordé. Le député voulait savoir si le foyer continuera à accueillir des travailleurs immigrés et si les locataires de tels foyers sont dûment informés de leurs droits et devoirs, entre autres. Dans sa réponse, Corinne Cahen confirme que le foyer continuera à héberger des travailleurs immigrés et explique qu'un contrat d'hébergement ainsi que le règlement d'ordre interne sont signés par chaque nouvel occupant. Elle parle aussi d'un « entretien préalable » qui « permet de donner toutes les explications nécessaires » - une caution qui n'a rien apporté aux locataires qui seront mis à la porte bientôt.

Wann wird der Wald gefegt?

Ratlosigkeit, dieses Gefühl hatte der im Februar vorgestellte Bericht zum Gesundheitszustand der Luxemburger Wälder hinterlassen (woxx 1254). Nicht viel klüger ist man nach der Präsentation der Bestandsaufnahme am vergangenen Dienstag. Gewiss, die Waldfläche ist im Vergleich zum Jahr 2000 kaum geschrumpft, und es wachsen alljährlich 758.000 Kubikmeter Holz nach. Doch ein Drittel der Wälder besteht aus nicht standortgerechten Nadelbäumen, während die Laubwaldbestände überaltert sind - beides trägt zum schlechten Gesundheitszustand bei. Vor allem in Privatwäldern wurden und werden vorzugsweise Nadelbäume angepflanzt. Paradoxerweise wächst aber ein Teil der Privatwälder derzeit ungenutzt vor sich hin. Sowohl bei der Aufforstung als auch bei der Nutzung besteht politischer Handlungsbedarf. Man darf gespannt darauf sein, mit welchen Maßnahmen Umweltministerin Carole Dieschbourg an der jetzigen Situation etwas ändern will.